

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Ernährung und Landwirtschaft (10. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Abgeordneten Frank Rinck, Stephan Protschka, Peter Felser, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD
– Drucksache 20/6728 –**

Sojaimporte aus dem Ausland verringern – Heimischen Eiweißpflanzenanbau fördern

A. Problem

Die Fraktion der AfD erklärt, dass in Deutschland zu wenig eiweißreiche Futtermittel produziert werden, um die eigenen Nutztierbestände ernähren zu können. Sie führt mit Verweis auf Informationen der Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung (BLE) aus, dass 18 Prozent des Futteraufkommens an verdaulichem Eiweiß aus importierten Futtermitteln stammen. Mit der Eiweißpflanzenstrategie des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) wurde nach Darstellung der Antragsteller bereits ein erster wichtiger Schritt unternommen, um die Wettbewerbsnachteile heimischer Eiweißpflanzen zu reduzieren und Forschungslücken zu schließen. Nun müssen für sie weitere Schritte folgen.

Mit dem Antrag soll die Bundesregierung insbesondere aufgefordert werden, die Züchtung standortangepasster Leguminosen wie Futtererbse, Ackerbohne und Lupinen in den Mittelpunkt der Eiweiß(pflanzen)strategie zu stellen und im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel stärker zu fördern, um den Rückstand bezüglich Produktivität, Proteinqualität, Verdaulichkeit, Krankheitsresistenz, Schädlingsstoleranz, Standfestigkeit und Winterfestigkeit wieder aufzuholen.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der AfD.

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 20/6728 abzulehnen.

Berlin, den 20. September 2023

Der Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft

Hermann Färber
Vorsitzender

Sylvia Lehmann
Berichterstatterin

Max Straubinger
Berichterstatter

Karl Bär
Berichterstatter

Dr. Gero Clemens Hocker
Berichterstatter

Frank Rinck
Berichterstatter

Ina Latendorf
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Sylvia Lehmann, Max Straubinger, Karl Bär, Dr. Gero Clemens Hocker, Frank Rinck und Ina Latendorf

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat in seiner 103. Sitzung am 11. Mai 2023 den Antrag der Fraktion der AfD auf **Drucksache 20/6728** an den Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft zur federführenden Beratung sowie zur Mitberatung an den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die Fraktion der AfD erklärt, dass in Deutschland zu wenig eiweißreiche Futtermittel produziert werden, um die eigenen Nutztierbestände ernähren zu können. Bezogen auf die physiologische Wertigkeit der Futtermittel, wie z. B. den Anteil an verdaulichem Eiweiß, haben gemäß der Antragsteller Importfuttermittel erhebliche Bedeutung für die Nutztierhaltung in Deutschland. Die Fraktion der AfD führt mit Verweis auf Informationen der Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung (BLE) aus, dass 18 Prozent des Futteraufkommens an verdaulichem Eiweiß aus importierten Futtermitteln stammen, wobei ca. 44 Prozent der Nettoeinfuhren von verdaulichem Eiweiß auf Sojabohnen und Sojaschrot entfallen. Jährlich werden nach Angaben der Antragsteller mit Verweis auf die BLE ca. 3,9 Millionen (Mio.) Tonnen (2020) Sojabohnen nach Deutschland, hauptsächlich aus den USA (49 Prozent) und Brasilien (37 Prozent) importiert, die zu Öl verarbeitet werden, welches vor allem in der Lebensmittelindustrie (95 Prozent) und zum Teil zur Produktion von Biodiesel verwendet wird. Die Fraktion der AfD weist darauf hin, dass bei Ölgewinnung als Nebenprodukt Sojaextraktionsschrot anfällt, welches in der Mischfutterindustrie als Tierfutter Verwendung findet.

Für die Antragsteller sind heimische Eiweißpflanzen wie Erbsen, Ackerbohnen, Lupinen, Kleearten, Luzernen und Wicken wichtige Bausteine für eine nachhaltige und regionale Nutztierfütterung. Sie führen mit Verweis auf das Bundesamt für Naturschutz (BfN) aus, dass Leguminosen die Fruchtfolgen erweitern, die Bodenfruchtbarkeit verbessern, eine positive Humuswirkung haben und als Nahrungsquelle für Bestäuber dienen. Bei attraktiveren Rahmenbedingungen kann für die Fraktion der AfD der verstärkte Anbau von Leguminosen in Deutschland dabei helfen, die bestehende sog. Eiweißlücke (bei der Nutztierfütterung) zu schließen und die Importabhängigkeit von eiweißreichen Futtermitteln aus Übersee zu verringern. Mit der Eiweißpflanzenstrategie des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) wurde nach Darstellung der Antragsteller bereits ein erster wichtiger Schritt unternommen, um die Wettbewerbsnachteile heimischer Eiweißpflanzen zu reduzieren und Forschungslücken zu schließen. Nun müssen für sie weitere Schritte folgen.

Mit dem Antrag der Fraktion der AfD soll die Bundesregierung insbesondere aufgefordert werden,

1. die Züchtung standortangepasster Leguminosen wie Futtererbse, Ackerbohne und Lupinen in den Mittelpunkt der Eiweiß(pflanzen)strategie zu stellen und im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel stärker zu fördern, um den Rückstand bezüglich Produktivität, Proteinqualität, Verdaulichkeit, Krankheitsresistenz, Schädlingstoleranz, Standfestigkeit und Winterfestigkeit wieder aufzuholen;
2. heimische Leguminosen zu fördern, indem der Anbau auf Stilllegungsflächen dauerhaft zulässig bleibt;
3. die Weiterentwicklung der Vermarktungsmöglichkeiten im Rahmen der Eiweiß(pflanzen)strategie stärker zu fördern, da der Markt in Folge auch die Anbaufläche anzieht;
4. die Förderung für Leguminosen im Rahmen der Öko-Regelungen (im Kontext der Gemeinsamen Agrarpolitik der Europäischen Union) deutlich anzuheben, um den Anbau wettbewerbsfähig zu machen.

III. Stellungnahme des mitberatenden Ausschusses

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz** hat in seiner 47. Sitzung am 20. September 2023 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der AfD empfohlen, den Antrag der Fraktion der AfD auf Drucksache 20/6728 abzulehnen.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

1. Abschließende Beratung

Der Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft hat den Antrag der Fraktion der AfD auf Drucksache 20/6728 in seiner 42. Sitzung am 20. September 2023 abschließend beraten.

Die **Fraktion der SPD** erklärte, der Inhalt des Antrages der Fraktion der AfD entspreche faktisch der bestehenden Eiweißpflanzenstrategie der Bundesregierung. Allerdings habe die Bundesregierung die Stilllegungsflächen nicht ganz so „verschurbelt“, wie das die Fraktion der AfD in ihrem Antrag getan habe. Es gebe bereits mehrere Förderprogramme des Bundes, welche die standortangepasste Züchtung und die Optimierung der Artenmischungen untersuchten. Was die Forderung der Fraktion der AfD, die gesetzlichen Nachbaubestimmungen um eine Auskunftspflicht für den Nachbau zu ergänzen, betreffe, existiere eine strenge Regulierung des Nachbaus bereits, kleinere Landwirte könnten dadurch benachteiligt werden und eine solche Regelung könnte bedauerlicherweise zu zusätzlicher Bürokratie führen. Es gebe auch bereits Förderungen im Rahmen der Eiweißpflanzenstrategie für Vermarktungsmöglichkeiten. Dabei gehe es um Informationen und Aufklärungskampagnen sowie darum, eine Bewusstseinsbildung bei den Verbraucherinnen und Verbraucher zu erreichen, welche Vorteile heimische Eiweißpflanzen hätten. Im Bereich der Forschung würden zahlreiche Forschungsprojekte gefördert, die sich u. a. auf verbesserte Sorten und Anbaumethoden konzentrierten, um die Erträge und die Qualität der Eiweißpflanzen zu steigern. Zudem werde auch schon die Netzwerkbildung gefördert. Dabei gehe es insbesondere um die Schaffung von Plattformen, in denen Landwirte, Verarbeiter, Händler und Verbraucher zusammenkommen könnten. Es existierten zudem Förderprogramme, die finanzielle Anreize für Landwirte schaffen sollen, um den Anbau von Eiweißpflanzen attraktiver zu machen. Ferner seien Qualitätssiegel und Zertifizierungen wichtige Themen bei bestehenden Förderprogrammen. Im Kontext der Eiweißpflanzenstrategie der Bundesregierung sei auch die Zusammenarbeit mit der Lebensmittelindustrie wichtig, d. h. dass Partnerschaften mit den Lebensmittelherstellern und -verarbeitern geschaffen werden. Ferner seien Schulungen und Fortbildungen wichtig, insbesondere für Landwirte, die auf dem Gebiet des Eiweißpflanzenbaues „fit“ gemacht würden. Wenn es um die Vermarktung gehe, wäre es viel sinnvoller, über Erzeugergemeinschaften zu sprechen, weil diese das Potential hätten, mit geeinten Kräften die Vermarktung von heimischen Eiweißpflanzen zu stärken. Im Bundeshaushalt wäre für das Jahr 2022 bei der Eiweißpflanzenstrategie ein Ansatz von 5,6 Mio. Euro veranschlagt worden, von denen 3,4 Mio. Euro verbraucht worden seien. Im Bundeshaushalt 2023 seien die Mittel auf 8,6 Mio. Euro erhöht worden. Die Fraktion der SPD sei froh darüber, dass nach dem Entwurf der Bundesregierung für den Bundeshaushalt 2024 die Mittel bei rund 8 Mio. Euro verstetigt werden sollen.

Die **Fraktion der CDU/CSU** hob hervor, die unionsgeführte Bundesregierung hätte bereits 2012 eine Eiweißpflanzenstrategie ausgearbeitet und auf den Weg gebracht, die mit großem Erfolg versehen sei. Der Leguminosenanbau bzw. der ölhaltige Fruchtanbau insgesamt hätte sich in Deutschland seitdem verdreifacht. Das zeige sehr deutlich, dass diese Eiweißpflanzenstrategie, die unter der ehemaligen Bundesministerin für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (Bundesministerin) Ilse Aigner eingeführt worden sei, gewirkt habe bzw. weiterhin wirke. Von daher sehe die Fraktion der CDU/CSU überhaupt keinen Handlungsbedarf dafür, wie im Antrag der Fraktion der AfD gefordert, zusätzliche Maßnahmen zu treffen. Die eingeführte Soja werde überwiegend für die Ölgewinnung verwendet. Das dabei anfallende Sekundärprodukt Sojaschrot werde als Futtermittel in der Tierfütterung eingesetzt. Die Sojaöle würden in der Lebensmittelproduktion z. B. auch für vegane Weißwürste oder für sonstige vegane Produkte Verwendung finden. Sie seien eine wichtige Grundlage u. a. für vegane Ernährung. Zu vermuten sei daher, dass die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wahrscheinlich die vegane Ernäh-

rung nicht einschränken wolle. Es sei erforderlich und richtig, dass das Sekundärprodukt Sojaschrot in der Tierfütterung Verwendung finde. Der Antrag der Fraktion der AfD sei inhaltlich widersprüchlich. Es werde zunächst die Ölgewinnung aus importierten Sojabohnen erwähnt und später beklagt, dass das aus ihnen gewonnene Sojaschrot später im Tierfutter lande. Es wäre jedoch schlimm, wenn man das Sojaschrot wegwerfen würde, ohne genutzt zu werden. Diese Doppelnutzung von Soja sei sinnvoll. Darüber hinaus verweise die Fraktion der CDU/CSU darauf, dass der Sojaanbau in den letzten Jahren in Deutschland sehr verstärkt worden sei und somit eine heimische Produktion gegeben sei. Es sei richtig und wichtig, die Produktion weiterhin zu unterstützen. Der Antrag der Fraktion der AfD sei erstens sachlich falsch gestellt und zweitens sei er nicht von Nöten, denn die jetzige Eiweißpflanzenstrategie, die unter Bundesministerin Ilse Aigner begründet worden sei, sei sehr zielführend.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** betonte, ein großes Problem an der Debatte sei, dass die Eiweißpflanzen, die Deutschland importiere, insbesondere für die Tierfütterung verwendet würden. Was die sog. Eiweißlücke betreffe, sei Deutschland nicht alleine in der Europäischen Union (EU) von ihr betroffen, sondern die EU insgesamt sei auf den Import von Eiweißpflanzen angewiesen, insbesondere, um die Tierbestände in der hohen Größenordnung zu halten, wie sie aktuell existierte. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stehe dafür, den lokalen Eiweißpflanzenanbau zu stärken, aber nicht mit dem Fokus, mehr Tierfutter zu produzieren, sondern perspektivisch mehr in die Humanernährung „hineinzugehen“, weil gewusst werde, dass gerade frische Hülsenfrüchte für den Menschen sehr gesund seien, d. h. sie besser direkt verdaut werden sollten und damit nicht über den „Umweg“ Tier gegangen werden müsse. Das sei einer der Bausteine, der dabei helfe, dass die hiesige Landwirtschaft unabhängiger werde und den Herausforderungen der Klimakrise besser begegnet werden könne. Dementsprechend setze sich die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dafür ein, in Deutschland den Eiweißpflanzenanbau voranzubringen. Das mache auch aus Fruchtfolgenperspektive viel Sinn. Es werde weniger Kunstdünger gebraucht, wenn eine „anständige“ Fruchtfolge hinbekommen werde. Ein weiterer Baustein sei der Abbau der Tierhaltung, weil dadurch nochmals die Möglichkeit geschaffen werde, bei Eiweißpflanzen als Land unabhängiger zu werden.

Die **Fraktion der FDP** äußerte, sie habe ihre „Befindlichkeiten“, wenn es darum gehe, etwas zu regeln, was nicht im eigentlichen Maße zu regeln sei. Es sei sicherlich sinnvoll, wenn die Eigenproduktion, auch von Eiweißpflanzen, in Deutschland gefördert werde. Aber dem Markt sollte das überlassen werden. In Deutschland werde sich sicherlich in der Lage befunden, alles, was möglich sei, auch im Bereich der Eiweißpflanzen zu tun. Daher sei es zwar sinnvoll, darauf zu verweisen, dass derzeit eine Abhängigkeit beim Sojaimport z. B. aus Brasilien bestehe, aber es werde nicht machbar sein, zukünftig eine Sojaproduktion zu 100 Prozent in Deutschland zu generieren. Deswegen wäre es nicht klug, im Bereich der Eiweißpflanzen Dinge reglementieren zu wollen und wenn möglich noch bestimmte Prozentzahlen für den Anbau in Deutschland vorgeben zu wollen. Die Bundesregierung sei mit ihrer Eiweißpflanzenstrategie, wie von anderen Fraktionen dargelegt worden sei, schon weit vorangeschritten und die Entwicklung positiv. Auch von daher sehe die Fraktion der FDP den Antrag der Fraktion der AfD nicht als notwendig an. Soja werde auch zukünftig für die Tierfütterung gebraucht. Wenn die hiesige Tierproduktion zu sehr reduziert würde, würde sie einfach nur in andere Länder verlagert werden. Das mache keinen Sinn.

Die **Fraktion der AfD** legte dar, fast 95 Prozent der hierzulande benötigten Futtermittel stammten aus Deutschland. Bezogen auf den Rohproteingehalt stammten insgesamt 82 Prozent des Gesamtfuttermittelaufkommens aus Deutschland. Das bedeutet, dass Deutschland derzeit eine sog. Eiweißlücke von über 18 Prozent am Gesamtfuttermittelaufkommen habe. Es importiere jährlich etwa 3,9 Mio. Tonnen (t) Sojabohnen, überwiegend aus den Vereinigten Staaten von Amerika (USA) und aus Brasilien. Die Sojabohnen würden in Deutschland zu Öl verarbeitet, welches dann überwiegend in der Lebensmittelindustrie und z. T. zur Produktion von Biodiesel verwendet werde. Bei der Ölgewinnung falle als Nebenprodukt Sojaextraktionsschrot an, welcher in die Mischfutterindustrie gehe und dann als Tierfutter verwendet werde. Heimische Eiweißpflanzen, wie Erbsen, Ackerbohnen, Lupinen, Kleearten, Luzerne und Wicken, könnten jedoch wichtige Bausteine für eine nachhaltige und regionale Nutztierfütterung sein. Leguminosen erweiterten z. B. die Fruchtfolge, verbesserten die Bodenfruchtbarkeit, hätten eine positive Humuswirkung und dienten auch als Nahrungsquelle für Bestäuber. Bei attraktiveren politischen Rahmenbedingungen könnte der verstärkte Anbau von Leguminosen in Deutschland dabei helfen, die bestehende sog. Eiweißlücke zu schließen und die Importabhängigkeit von eiweißreichen Futtermitteln aus Übersee zu verringern. Mit der Eiweißpflanzenstrategie des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) sei zwar ein erster wichtiger Schritt unternommen worden, um die Wettbewerbsnachteile heimischer Eiweißpflanzen zu reduzieren und Forschungslücken zu schließen. Nun müssten dringend weitere Schritte folgen. Die von der Fraktion

der AfD vorgeschlagenen Maßnahmen seien im Antrag zu finden. Hervorheben sei insbesondere, dass die Züchtung standortangepasster Leguminosen stärker gefördert werden müsse, die gesetzlichen Nachbaubestimmungen um eine Auskunftspflicht für den Nachbau ergänzt werden müssten sowie die Möglichkeit, Leguminosen auf Stilllegungsflächen dauerhaft anbauen zu können, geschaffen werden müsse. Die Fraktion der AfD bitte um die Zustimmung zu diesem wichtigen Antrag, um endlich die sog. Eiweißlücke schließen zu können.

2. Abstimmungsergebnis

Der **Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft** beschloss mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der AfD, dem Deutschen Bundestag zu empfehlen, den Antrag der Fraktion der AfD auf Drucksache 20/6728 abzulehnen.

Berlin, den 20. September 2023

Sylvia Lehmann
Berichterstatterin

Max Straubinger
Berichterstatter

Karl Bär
Berichterstatter

Dr. Gero Clemens Hocker
Berichterstatter

Frank Rinck
Berichterstatter

Ina Latendorf
Berichterstatterin

